

## **Gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen**

Eine abstruse Idee mit massiven Fehlanreizen

Veröffentlicht in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.06.2007

Horst Siebert\*

In Deutschland wird die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens propagiert. Allen Bürgern soll ohne Bedingung ein einheitliches Grundeinkommen gezahlt werden, gleichgültig ob jemand kein Einkommen oder ein hohes Einkommen hat. Genannt werden bis zu 1500 Euro pro Monat. Dies ist eine abstruse Vorstellung. Denn es sind völlig verfehlte Anreizwirkungen zu erwarten.

Der gravierendste Fehlanreiz bestünde darin, dass die Motivation der Individuen, ihre Arbeitskraft der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen, schwindet. Warum abends noch Kunden beim Einkauf beraten? Warum als Lastwagenfahrer Güter transportieren? Warum sollte überhaupt noch jemand arbeiten? Realistischerweise ist davon auszugehen, dass die Präferenzen der Menschen in bezug auf Arbeit und Freizeit unterschiedlich sind. Gruppen wie die Aussteiger, die der Freizeit eine größere Bedeutung beimessen, würden sich mit dem Grundeinkommen voll zufrieden geben und die Arbeit einstellen. Die Arbeitsmoral würde zerrüttet, die Grundlagen der Arbeitsethik, die die Bevölkerung in Sätzen wie „Nach getaner Arbeit ist gut ruhn“ oder „Wo Arbeit das Haus bewacht, kann Armut nicht hinein“ ausgedrückt hat, würden zerstört. Das Arbeitsangebot würde markant zurückgehen, die Produktion müsste schrumpfen – eine seltsame Empfehlung für das Szenario einer alternden Gesellschaft.

Man stelle sich eine junge Generation vor, die mit dem Anspruch auf ein Grundeinkommen groß wird. Wie wird sich eine solche institutionelle Regelung auf die Sozialisierung dieser Generation auswirken? Müssen wir nicht erwarten, dass sich die junge Generation durch das bedingungslose Grundeinkommen an die Nicht-Arbeit gewöhnt, also der Arbeit entwöhnt? Und welchen Anreiz sollten junge Menschen haben, in der Jugend ihr Humankapital aufzubauen?

---

\* Emeritierter Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel; Professor, Johns Hopkins University Bologna, und Mitglied der Group of Economic Policy Analysis (GEPA) der Europäischen Kommission.

Der Vorschlag ist zudem ökonomisch naiv, weil er total ausblendet, dass das Volkseinkommen Jahr für Jahr neu geschaffen werden muss. Da wir Deutschland nicht wie die Ölscheichs vom Erdöl leben kann, müssen Arbeit, Kapital, Energie und andere Produktionsfaktoren immer wieder neu zusammenwirken, damit Werte zustande kommen. Stattdessen wird so getan, als ob das Volkseinkommen wie Manna vom Himmel fällt – eine merkwürdige Vorstellung.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre außerdem ein herrlicher Anreiz, in die Schattenwirtschaft abzuwandern. Wenn man schon einmal ein Grundeinkommen hat, kann man sich leicht hier und da noch etwas dazu verdienen. Die Schattenwirtschaft würde also kräftig expandieren. Darüber hinaus gibt es aber auch komplexere Anreizprobleme. So ist damit zu rechnen, dass es zu einer Einkommenskompensation kommt, denn im unteren Segment muss man viel zahlen, damit jemand seine Arbeit anbietet. Im oberen Segment dagegen wäre weniger von der Wertschöpfung verfügbar, um einen Leistungsanreiz zu bieten.

Die Idee würde ferner einen immensen Anreiz zur Wohlfahrtswanderung nach Deutschland mit sich bringen. Die Migranten aus Afrika nehmen heute schon unsägliche Schwierigkeiten auf sich, die Sahara zu durchqueren, um im spanischen Ceuta oder Mellila die Gestade der EU zu erreichen. Das Risiko, in der Sahara sein Leben zu verlieren, erscheint gering angesichts der verlockenden Chance, sein Jahreseinkommen pro Kopf, das etwa in Mali bei 280 Euro pro Jahr liegt, um das 67fache zu vergrößern, wenn es gelingt, Spanien mit einem Einkommen pro Kopf von 18760 Euro pro Jahr zu erreichen. Bekanntlich liegt das Einkommen pro Kopf bei uns noch höher. Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland würde also eine Völkerwanderung unerreichten Ausmaßes aus dem Nicht-Europäischen Ausland in Bewegung setzen. Aber auch in die Europäische Union würde der Vorschlag nicht passen. Deutschland würde alle Freizeitliebhaber aus allen 27 Mitgliedstaaten der EU anlocken.

Schließlich würden sich die gesellschaftlichen Einstellungen ändern. Der Einzelne würde darin bestärkt, dass er einen Anspruch an den Staat hat. Das Anspruchsdenken würde institutionalisiert und verfestigt. Die Menschen würden ein Stück weit zur Unselbständigkeit erzogen und am Ende ihrer Freiheit beraubt. Die Merkmale des Median- Wählers würden

weiter in Richtung Verteilung verschoben. Die Parteien würden sich, um Wahlen zu gewinnen, darin überbieten, das bedingungslose Grundeinkommen zu erhöhen.

Es wäre naiv anzunehmen, das bedingungslose Grundeinkommen würde die Sozialversicherung vollständig ersetzen können. Aus dem Grundeinkommen wird keiner bei schwerer Krankheit die Arzt- und Krankenhauskosten aufbringen können. Es ist also nicht zulässig davon auszugehen, dass das bedingungslose Grundeinkommen aus dem Sozialbudget von etwa 700 Milliarden Euro zu finanzieren wäre. Überdies verwandelt der Vorschlag Beiträge von über 400 Milliarden Euro in Steuern - eine Steuererhöhung unerhörten Ausmaßes.

Was aber dem Fass den Boden ausschlägt: Bei der ins Auge gefassten Zahl von 1500 Euro pro Monat und damit 18 000 Euro pro Jahr würde sich für 82,5 Millionen Deutsche das unbedingte Grundeinkommen auf 1 500 Milliarden Euro pro Jahr belaufen. Das Volkseinkommen liegt jedoch nur bei 1 700 Milliarden Euro. Nahezu das gesamte Volkseinkommen würde also als bedingungsloses Grundeinkommen verteilt, ohne dass die Menschen überhaupt dafür arbeiten. Nachdem nahezu das gesamte Volkseinkommen auf diese Weise verteilt wäre, bliebe nichts mehr übrig, denen etwas zu zahlen, die tatsächlich noch arbeiten. Und es wäre auch nichts mehr da, den Produktionsfaktor Kapital mit Zinsen, Dividenden und Gewinn zu bedienen. Kapital würde schnell das Land verlassen, und die Arbeitnehmer wären schlechter mit Kapital und Technologie ausgestattet. Auch deshalb müsste die Produktion schrumpfen.

Fazit: Dies ist eine unmögliche Idee. Die Politik ist gut beraten, die Finger davon zu lassen. Dies gilt auch für Varianten des Vorschlags, bei denen ähnliche Fehlanreize zu erwarten sind.